

Jour fixe vom 25.4.2022 – Der Krieg in der Ukraine (Teil 4)

— *Eine Nachfrage zum letzten Protokoll: Auf der Seite 5, vorletzter Absatz (10pt) steht: „Bei der Behauptung, der Westen definiere die Lage, muss man den Inhalt der Definition kennzeichnen. Als erste Definition bestimmt der Westen: Der Angriff auf die Ukraine hat mit uns nichts zu tun.“ Es ist doch genau umgekehrt. Von Anfang an wurde gesagt, dass der Angriffskrieg von Putin gegen die Ukraine nicht nur die Ukraine betrifft, sondern dort wird „unsere Friedensordnung, unsere Freiheit“, werden „unsere Werte“ angegriffen. Deswegen sind „wir“ herausgefordert und aufgefordert, die Ukraine weiter militärisch aufzurüsten mit Waffen aller Art, was aber bitte nicht als Kriegseintritt der Nato genommen werden soll.*

Auf die Art wird der Krieg in der Öffentlichkeit mit der entsprechenden moralischen Parteinahme debattiert: Nicht nur die Ukraine ist angegriffen, sondern wir. Und das rechtfertigt jede Unterstützung. In der protokollierten Debatte ging es um etwas anderes: dass Russland mit dem Ultimatum an die Nato (Februar 22) auf die fortschreitende Eindämmung seiner militärischen Potenzen durch die Nato-Osterweiterung reagierte, eine rote Linie aufzeigte und seine Sicherheitsinteressen anerkannt wissen wollte, wurde von der Gegenseite rigoros zurückgewiesen, worauf Russland zum tatsächlichen Einsatz seiner Waffen schritt. Darauf bezogen sollte daran erinnert werden, dass der Westen diesen Übergang Russlands *definiert* hat als hinterhältigen Angriff auf die Ukraine, der nichts mit der Nato zu tun habe. Russlands Vorgehen gegen die Ukraine wird als böse, völlig *grundlos* und unverständlich bezeichnet, denn die Ukraine bedrohe Russland ja nicht. Dabei ist die kriegerische Auseinandersetzung nicht einfach eine Affäre zwischen der Ukraine und Russland. Die Nato und der Westen unterstützen die Ukraine mit der Rechtfertigung, dass das nicht nur ein Angriff auf die Ukraine, sondern ein Angriff auf „uns“ sei. Zugleich betonen sie, keine Kriegspartei zu sein.

Der Westen will den Krieg gegen Russland nicht selber mit eigenem Militär führen, sondern mit einer doppelten Strategie von Wirtschaftskrieg und militärischer und finanzieller Aufrüstung der Ukraine. Und Russland soll das nicht so nehmen, dass es seinerseits die Lage durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen – Chemie- und Atomwaffen – eskaliert. Auf dieser strategischen Ebene dementieren sie dauernd, Kriegspartei zu sein, weil Russland die Nato *nicht* als unmittelbare Kriegspartei behandeln soll. Das ist rein sachlich hanebüchen; tatsächlich kommt es ganz darauf an, wie die russische Seite die jeweiligen Eskalationszüge nimmt.

— *Im nächsten Absatz heißt es: „Zugleich verlässt sich die Nato nicht darauf, dass Russland nicht eskaliert. Sie droht an, dass bei jeder Eskalation seitens Russlands, wenn es sich also dem Anspruch nicht beugt, in der Auseinandersetzung mit der Ukraine seine Niederlage zu akzeptieren, jede (Gegen-)Eskalation unternommen wird, einen Sieg Russlands zu verunmöglichen.“ Damit ist wohl der Fortschritt in der Bestimmung des Westens angesprochen, was in der Ukraine erreicht werden soll. Am Anfang des Krieges war das Ziel, den Kampf in der Ukraine für Russland so kostspielig wie möglich zu machen. Jetzt hat sich der Westen zu dem Ziel hingearbeitet, dass Russland den Krieg nicht gewinnen darf. Moskau soll militärisch klargemacht werden, dass es seine Zwecke nicht durchsetzen können wird.*

— *Die Russen haben es in der Ukraine mit der Macht der Nato zu tun, die die Ukraine mit Geld und Waffen ausrüstet. Das heißt umgekehrt, dass die Ukraine einen Krieg führt, den sie alleine mit ihren eigenen Fähigkeiten nie so führen könnte. Nur durch die Unterstützung der Nato und der USA verfügt sie über die Mittel, Russland seinen Kriegszweck – soweit absehbar – zumindest ein Stück weit streitig zu machen.*

An dieser Stelle ging es auch um die Aufklärung, dass Abschreckung nicht einfach Kriegsverhinderung ist, sondern die immer wieder erneuerte Mitteilung an den Gegner, dass seine kriegerischen Bemühungen aussichtslos sind und er deswegen vom Krieg Abstand nehmen soll; also die laufende Drohung damit, ihm auf jeder Eskalationsstufe überlegen zu sein.

Die Fortschritte in der kriegerischen Auseinandersetzung

Man wird hierzulande mit massenhaft angeblicher militärischer Sachkunde bombardiert.

Russlands Armee wird als militärisch unprofessionell dargestellt, die diesen Krieg mit blanker Zerstörungswut führt und fortwährend Fehler und Kriegsverbrechen begeht. In der fachmännisch-militärischen öffentlichen Berichterstattung fehlen aber zwei wesentliche Sachverhalte: Das *eine* ist, wie die Ukraine *sich* zu einem sich aufopfernden Stellvertreter des Westens herrichten lässt und dabei total verheizt wird. Das *andere* ist, dass Russland angetreten ist, um eine Korrektur der Nato-Aufstellung um es herum zu erreichen, um von der Nato eine Sicherheitsgarantie und -ordnung in Europa zu bekommen, in der anerkannt ist, dass es mit den eigenen militärischen Mitteln auch die eigene Sicherheit gewährleisten kann. Im Ukraine-Krieg prallen die verschiedenen Strategien der an diesem Krieg beteiligten Parteien aufeinander. Die **russische Strategie** in der Anfangsphase war, dass der Krieg nicht ein Krieg sein sollte, sondern eine „militärische Spezialoperation“ mit dem Ziel, die Ukraine zu „denazifizieren“ und zu „demilitarisieren“. Es sollte nicht die ganze Ukraine besetzt werden, sondern ins Auge gefasst war eine Art Blitzkrieg, ein schneller Vormarsch auf Kiew und ein „Regime Change“ mit einer neuen russlandfreundlichen Regierung. Es sollte also explizit kein Krieg gegen das ukrainische Volk geführt werden. Militärisch Fachkundige sagen, die russische Armee hätte gegen militärische „Regeln“ verstoßen, weil sie z.B. ohne großen Flankenschutz mit ihren Panzern vorgerückt ist. Das lag daran, dass die russischen Strategen dachten, dass Teile des ukrainischen Militärs überlaufen würden und sie ohne großen Widerstand schnell in die Hauptstadt kommen und die Zukunft der Ukraine neu regeln könnten. Dieses Ziel haben sie nicht erreicht, weil sie auf eine **ukrainische Strategie** sehr eigener Art gestoßen sind. Die nennt sie selber „totale Defensive“ und will so etwas wie einen Grundsatz der totalen Verteidigung praktizieren. Moralisch ausgedrückt – und so sehen es die Ukrainer – führt die Ukraine einen Überlebenskampf ihres Volkes gegen einen russischen Vernichtungskrieg. Sie fahren nicht einfach ihr Militär auf, sondern bewaffnen im Idealfall das ganze männliche Volk und statten es so aus, dass es aus Hinterhalten gegen den Aggressor kämpfen, mit panzerbrechenden Waffen vorstoßen und wieder im Wald verschwinden, einen Häuserkampf führen kann, usw. Es wird also ein totaler Kriegswillen im Volk mobilisiert und dieses praktizierte Heldentum findet auch massenhaft statt. Damit will sich die Ukraine als Speerspitze des Westens bewähren und den Westen immer mehr in ihren Krieg hineinziehen. Die **Strategie des Westens** ist es, der Ukraine die dafür nötigen Waffen zu liefern, um das Scheitern des russischen Vorgehens ins Werk zu setzen. In der Anfangsphase waren dies massenhaft panzerbrechende Waffen. An dieser Kombination von a) unbedingtem Kriegswillen sich aufopfernder Kämpfer und b) die dafür passende militärische Ausrüstung ist Russland mit seinem Vormarsch auf Kiew gescheitert. Russland verkündet daraufhin seine **neue russische Strategie**, zieht sich aus dem Norden um Kiew militärisch zurück und sortiert sich neu, um ein Gebiet im ukrainischen Südosten zu erobern und zu halten. Für *diese* militärische Auseinandersetzung macht auch der **Westen einen Übergang**: Schwere Waffen werden geliefert, um auch das Scheitern des geänderten russischen Zieles bewerkstelligen zu können.

— *Wozu soll man diese Strategien nachvollziehen, so feine Unterschiede machen und sich wie Militärexperten in Flankenschutz, etc. hineindenken? Was soll da das politische Urteil sein? Das ist doch so jeden Tag in der Zeitung zu lesen – inklusive Hetze und Propaganda.*

Es ging nicht um politische Aussagen, sondern erst einmal um den Nachvollzug der strategischen Zwecke Russlands – also deren Versuch, durch einen schnellen militärischen Vorstoß auf Kiew die aktuelle politische Führung zu entmachten und eine neue, Russlandfreundlichere einzusetzen. *Das* ist so nicht in der Zeitung zu lesen. Da wird behauptet, dass die Russen das ganze Land unterwerfen wollten und sich dabei völlig blamiert und verkalkuliert hätten.

— *Die ersten Militäroperationen Russlands in Richtung Kiew waren immerhin begleitet von dem Angebot an Selenskyj: „Denkt über einen neutralen Status der Ukraine nach, nehmt von einer Nato-Mitgliedschaft Abstand, dann können wir auf Basis dieses militärischen Vormarsches zu einer Einigung kommen“.*

Am Anfang wurde der Krieg kommentiert als erstens furchtbar und zweitens für die Ukrainer nicht lange durchhaltbar. Jetzt steht für alle Welt fest, dass Putin den Krieg nicht gewinnen darf. Mit welcher Sorte Eskalation hat man es da zu tun? Was sind die Ziele der

kriegsbeteiligten Seiten? Dazu muss man sich ansehen, welche strategischen Überlegungen die jeweiligen Seiten anstellen und was das für die Fortführung des Krieges heißt. Das gibt durchaus Aufschluss darüber, *was* die Kriegsparteien sich *wie* vornehmen: Der Vorlauf zu dem Krieg war die strikte Ablehnung des Ultimatums Moskaus durch den Westen. Die Russen erklärten damit eine rote Linie für überschritten und beschlossen die Neutralisierung und Demilitarisierung der Ukraine. Schon lange vor dem Krieg hat aber die Nato im höchstem Maße dafür gesorgt, dass das russische Ansinnen, militärisch für ein genehmes Regime in der Ukraine zu sorgen, sobald es praktisch wird, Russland militärisch schädigt. Dabei ging es dem Westen anfänglich noch nicht darum, dass die Ukraine sich wirklich gegen Russland behaupten kann, sondern darum, dass die Ukraine ‚*unverdaulich*‘ wird für eine militärische Intervention Russlands in der Ukraine.

Das Aufeinanderprallen der drei Strategien hat zunächst den Russen eine Niederlage eingebracht. Von da aus sortieren alle drei Parteien ihre Strategien neu. Darum ist es jetzt gegangen.

— *Die Russen mögen ja gedacht haben, dass Teile der ukrainischen Armee und des Volkes überlaufen würden. Darin haben sie sich getäuscht. Was mir aber nicht einleuchtet, ist die Aussage: Zuerst hat das ukrainische Volk seinen Aufopferungswillen in diesem Krieg erfolgreich gezeigt und dann entscheidet sich der Westen, sich als Kriegspartei gegen Russland aufzustellen. Der Westen war doch von Anfang an Partei in diesem Krieg.*

Ja, und angesichts dessen, dass die Ukrainer die Russen tatsächlich stoppen konnten, hat der Westen sich vorgenommen, diesen Krieg mit zusätzlicher und massiverer Unterstützung des ukrainischen Militärs in die Länge zu ziehen und dem russischen Militär an der Stelle eine wirklich empfindliche Niederlage zu bescheren. Und noch viel mehr: Die ganze russische Militärmacht soll dadurch entscheidend geschwächt werden.

Natürlich hat Putin gewusst, dass die Ukraine vom Westen unterstützt wird, daher hat er sofort den Westen gewarnt, dass das Folgen haben wird, die „die Welt noch nicht gesehen hat“. Aber nicht einmal das hat den Westen davon abgehalten, die Ukraine mit zunehmend mehr und hochwertigeren Waffen gegen Russland aufzurüsten, so dass die Ukraine tatsächlich in der Lage ist, den Russen Paroli zu bieten.

— *Noch vor ein oder zwei Jahren galt die Ukraine als ein maroder Staat, voller Korruption und Oligarchen. Heute ist die Ukraine ein nicht nur moralisch aufgerüsteter Staat, der bereitwillig sein Volk im Krieg gegen Russland verheizt. Das ist Ergebnis des Eingreifens des Westens, dessen Ausbilder und Militärberater vor Ort und dessen Waffenlieferungen.*

Geklärt werden sollte, welche Zwecke die Parteien jeweils mit der Kriegsstrategie verfolgen, wie die sich je nach Kriegsverlauf ändern. In der Öffentlichkeit wird der Krieg nicht von diesem Inhalt her besprochen, sondern ganz aus der moralischen Sicht heraus beurteilt.

— *Warum müssen wir klären, warum die Russen empfindliche Niederlagen einstecken mussten? Erstens ist das ein Faktum. Zweitens ist das Besprechen von Strategien und Strategiewechseln kein politisches Urteil. Solche Aussagen, wie z.B. „Putin hat nicht vor, das Volk der Ukrainer zu vernichten“ deuten außerdem eine politische Parteinahme für Putin an.*

— *Es geht nicht über die Strategie der Kriegsführung im engen strategischen Sinne. Anhand der Kriegsstrategien sieht man, welche Kriegsziele ins Visier genommen werden, welche politischen Anliegen verfolgt werden. Klar wird, dass Putins anfängliches politisches Ziel, mit einem Blitzkrieg die Neutralität der Ukraine zu erzwingen, durch den unerwarteten „Kampfeswillen“ der Ukrainer und vor allem aufgrund der massiven Nato-Unterstützung zunichte gemacht worden ist.*

Die Aussage, ‚Putin hat nicht vor, das ukrainische Volk zu vernichten‘, wendet sich gegen die Propaganda in der hiesigen Öffentlichkeit, die Behauptung, Putin ginge es um *nichts anderes* als die Zerstörung der Ukraine und obendrein um die Einverleibung der ehemaligen Sowjetrepubliken. Dabei ist die Vernichtung von Ukrainern in diesem Krieg nicht der Zweck, den Putin in der Ukraine durchsetzen wollte, geplant war ein ukrainischer „Regime Change“. Weil diese Strategie gescheitert ist, zieht sich der Krieg in die Länge, verschieben sich die Fronten, werden weitere Ukrainer vernichtet usw. Dafür ist die Beteiligung des

Westens an diesem Krieg verantwortlich, nicht nur wegen der Lieferung panzerbrechender Waffen, sondern es ist die ganze technische Kompetenz der Nato für die Ukraine im Einsatz, von der Zurverfügungstellung von detaillierten Satellitenaufklärungsdaten bis hin zur Unterstützung im Cyberkrieg.

— *Man kann die Ausführungen aber missverstehen, als ob Putin ein Stück weit in Schutz genommen werden soll, so etwas Grausames wie z.B. in Butscha habe er gar nicht vorgehabt.*

Auch solche Grausamkeiten kann man sich erklären. Bei so einem Krieg, der mit Häuserkampf, Mann gegen Mann geführt wird, steht von beiden Seiten die Vernichtung des Gegners ad personam an. Beide Seiten verheizen ihr Menschenmaterial. Dennoch ist Genozid nicht der russische Zweck. Es ist doch anders: Die massenhafte Vernichtung von Menschenleben gehört zum Kriegführen dazu, weil Staaten im Krieg ihr Volk als *Manövriermasse* für ihre Gewaltzwecke zum Einsatz bringen. Das muss sich ein moralischer Unterscheider von ‚sauberem Krieg‘ und ‚Kriegsverbrechen‘ klarmachen.

*

— *Die Mobilisierung der Opferbereitschaft des ukrainischen Volkes durch Selenskyj, die täglichen Pressekonferenzen, sein Auftreten in sämtlichen Parlamenten mit dem Ziel, die europäischen Partner der USA unter Druck zu setzen, all das verweist darauf, wie sehr das von langer Hand geplant und durchkonstruiert ist, um diesen Krieg im Sinne der USA zu managen.*

— *Die europäischen Partner müssen aber nicht durch die Demonstration der Opferbereitschaft des ukrainischen Volkes auf Linie gebracht werden. Die europäischen Partner teilen doch den Zweck des Krieges.*

Selenskyjs Inszenierungen sollen zum einen den nationalistischen Schulterchluss des Volkes mit der eigenen Führung befördern. Ein anderer Punkt ist der von einer großen PR-Mannschaft begleitete Auftritt Selenskyjs in allen Parlamenten der Welt, der Orchestrierung der Propaganda im Sinne der USA. Auch daran sieht man, dass dies ein Nato-Krieg ist.

— *Als Russland in die Ukraine einmarschierte, hat der Westen gegenüber Russland bekundet, dass dies für Russland eine sehr schwer verdauliche Sache sein wird. Jetzt geben sowohl Selenskyj als auch die Politiker des Westens bekannt, dass Putin diesen Krieg verlieren muss und wird. Das ist doch ein Fortschritt. Die Ukraine wird zum Brennpunkt dafür gemacht, dass Russland aus diesem Konflikt als Verlierer hervorgeht.*

Die verschiedenen Eskalationsschritte dabei sind: Russland setzt sein Militär in der Ukraine ein. Auf der anderen Seite stehen die USA und die Nato-Mächte. Die geben öffentlich bekannt, dass Russland sich an der Ukraine die Zähne ausbeißen und so eine Schwächung der militärischen Macht Russlands herbeigeführt werden soll. Zugleich haben sie kundgetan, dass es nicht ihre Sache ist, unmittelbar in das Kriegsgeschehen als Partei einzutreten, sondern dass *sie* gegen Russland andere Mittel ins Feld führen, die in ihrer Wucht mindestens so schädlich für Russland sein können, wie das Militär, nämlich ökonomische Sanktionen. Aufgrund der Kriegslage hat sich der Westen nun zu einem *neuen* Standpunkt vorgearbeitet. Nicht die Kriegsführung selber soll Russlands Militärmacht schädigen, egal was dann am Ende dabei herauskommt – ob sie Teile der Ukraine kontrollieren oder sich wie die Krim einverleiben –, sondern Russland soll nun endgültig und für immer aus der Ukraine vertrieben werden. Die Nato und die USA betonen zwar weiterhin, nicht selbst in den Krieg einzutreten, aber für dieses Ziel wollen sie einen lang andauernden und für Russlands Militärstärke sehr schädigenden Krieg ins Werk setzen. Dafür werden sie alles Notwendige tun: Waffen liefern, die Ukraine mit Geld versorgen, damit die sich die entsprechenden Waffen kaufen kann, das Personal an den Waffen ausbilden etc.; sie versichern der Ukraine den Nachschub und die Unterstützung, die es braucht, um die endgültige Niederlage Russlands herbeizuführen.

— *Die Begleitmusik zu dieser Eskalation des Kriegsgeschehens ist die Ansage Bidens, Russland habe mit der Forderung, weniger Nato an seiner Grenze haben zu wollen, erreicht, dass es mehr werde. Schweden und Finnland wollen den Status eines Beitrittskandidaten zur Nato, ebenso wie Moldau und Georgien. Zugleich erfolgt eine weitergehende Aufrüstung von Nato-Mitgliedern an der Ostfront.*

— *Der Westen orchestriert den Krieg in der Ukraine auf wachsender Stufenleiter und stellt Kriegsgerät und logistische Unterstützung aller Art zur Verfügung. Er verlautbart, dass von ihm aus nicht der große Krieg anvisiert ist, und zugleich stellt er seine über jeden Zweifel erhabene Kriegsbereitschaft unter Beweis. Russland wird klar gemacht, dass es mit konventionellen Mitteln diesen Krieg nicht gewinnen und sich damit nicht behaupten kann. Klar ist, mit dem nächsten Eskalationsschritt, dem Einsatz von atomaren Waffen, stünde es der kriegsbereiten Nato gegenüber. Nicht, dass die Nato diesen Krieg will – Scholz betont das ja dauernd – aber die Nato ist vorbereitet auf diesen 3. Weltkrieg, sie ist kriegsbereit.*

Die Klarstellung des Westens, dass Russland diesen Krieg mit konventionellen Mitteln nicht gewinnen wird, ist die Ansage, dass alles getan wird, damit Russland das, was es an der Ukraine durchsetzen will, nämlich die Anerkennung seiner Sicherheitsinteressen, an der Ukraine verunmöglicht wird. Das ist die Gewaltfrage, die weit über die Ukraine hinausgeht. Die ist dem Westen sehr bewusst und darauf bereitet er sich vor.

Wirtschaftssanktionen

— *Zu Unrecht haben sich deutsche Politiker für ihre bisherige Russland-Politik, nämlich für ihr angebliches Entgegenkommen gegenüber Russland entschuldigt. Denn das, was heute als ‚Entgegenkommen‘ bezeichnet wird, waren nicht einfach nur Wirtschaftsbeziehungen. Der Westen wollte mit diesen Handelsbeziehungen Russland dem westlichen Bündnis unterordnen und den Einfluss Russlands eindämmen. Durch Teilnahme am Weltmarkt hat sich Russland nicht nur vom Energie- und Rohstoffexport abhängig gemacht – mit dem es 50% seines Staatshaushalts finanziert und einen milliarden schweren Devisenschatz angehäuft hat, den der Westen nun „einfrieren“, also dem russischen Zugriff entziehen kann. Abhängig ist Russland auch vom Technologieimport, den der Westen mit der Folge sanktioniert, dass die russische Wirtschaft einbricht. Grundlage für die Wirksamkeit der Sanktionen sind also die erfolgreich stattgefundenen Wirtschaftsbeziehungen. Nur deshalb kann der Westen diesen Wirtschaftskrieg führen, der die russische Ökonomie zerstört.*

Die geschaffene Abhängigkeit Russlands von Exporten und vom westlichen Kapitalimport waren immer schon Eingriffsmittel des Westens. Zu kurz gegriffen wäre jedoch die Vorstellung, Russland könnte mit Sanktionen ruiniert werden, und dass das im Unterschied zu einem Nato-Krieg einfacher und ohne Opfer ginge. Russland wollte ökonomisch erfolgreich sein und hat sich deshalb in die kapitalistische Weltordnung eingegliedert, damit der Dollarökonomie untergeordnet und in ihr eingehaust. Es hat sich damit eine Abhängigkeit vom Dollar geschaffen, die weit über die von Handel und Kapitalimport hinausgeht. Deshalb sind die Finanzsanktionen (die Konfiszierung des russischen Staatsvermögens, der im Ausland angelegten Gelder) so wirksam und können zur Zahlungsunfähigkeit Russlands führen.

— *Und über den Ausschluss aus SWIFT gehen alle Handelsbeziehungen, auf die Russland angewiesen ist, kaputt.*

Das ist die Intention. Zurück zur „geschaffenen Abhängigkeit“: Der ökonomische Verkehr zwischen Europa und Russland wurde eingerichtet, weil sich *beide* Seiten damit einen ökonomischen Fortschritt versprochen haben; Europa durch den Einkauf billiger Energie und Rohstoffe, durch Warenverkauf, durch Firmengründungen in Russland bis hin zum Handel mit und Investitionen in russische Aktien und Wertpapiere. Entscheidend ist dabei aber, dass der Handel und die grenzüberschreitenden Geschäfte eine Voraussetzung haben und an einer Bedingung hängen, nämlich dem Weltgeld Dollar. Der geht auf die eine oder andere Weise in alle Geschäfte ein. Sei es, dass solche Geschäfte überhaupt nur durch einen Dollar-Kredit zustande kommen, sei es, dass nur in Dollar gezahlt werden kann. Darauf hat sich Russland nach der Abschaffung des realen Sozialismus festgelegt. Somit sind alle seine grenzüberschreitenden Geschäfte davon *abhängig*, dass die Macht, die über dieses Weltgeld verfügt, diese Art der Benutzung des Geldes nicht widerruft. Sehr viel grundsätzlicher und prinzipieller als bestimmte Branchen zu sanktionieren, oder sogar ein Öl- oder Gasembargo vorzubereiten, sind deshalb die Finanzsanktionen, die schon jetzt jedes Geschäft mit Russland in Frage stellen.

— *Das das Weltgeschäft mit Dollar läuft, verweist auf einen politischen Aufseher, der entscheidet, wer zum Welthandel zugelassen ist und wer nicht. Das ist eine weitere Abhängigkeit Russlands.*

Dieser Aufseher wird jetzt zusammen mit den europäischen Mächten tätig. Voraussetzung für den internationalen Handel ist, dass die nationalen Notenbanken ihre Gelder als konvertible Währungen anerkennen und gegeneinander austauschen. Nur dann können überhaupt Zahlungen ans Ausland geleistet werden. Diese elementare grundsätzliche Voraussetzung für jeden Geschäftsverkehr haben westliche Staaten und die USA durch den Boykott der russischen Nationalbank unterbunden. Die darf und mit ihr dürfen keine Transaktionen mehr gemacht werden. Russisches Vermögen (Konten, Einlagen, Wertpapiere) bei westlichen National- oder Geschäftsbanken wurde beschlagnahmt oder eingefroren und die größten russischen Banken vom Zahlungsverkehr über SWIFT ausgeschlossen. Russland kann also kaum mehr Zahlungen ins Ausland tätigen oder vom Ausland erhalten. Zudem wird jeder Handel sanktioniert, der ein Beitrag zur Stärkung des Militärs sein könnte.

— *Wenn die deutsche Außenministerin sagt, der Krieg gegen Russland ist nicht mit Sanktionen zu gewinnen, sondern nur mit Waffen, bemängelt sie an den Sanktionen, dass die nicht ausreichend zielführend seien, weil Putin seine Energieexporte in den Osten und in den Pazifikraum umdirigieren kann. Ein weiteres Manko ist, dass sich die Sanktionen auch negativ auf das eigene nationale Wirtschaftswachstum auswirken. Damit drückt sie aus, Sanktionen seien so etwas wie ein Ersatz für militärische Gewalt, aber nur ein schlechter.*

Die Stellungnahme von Baerbock bezog sich auf den Ukraine-Krieg, den Putin nicht gewinnen darf, weshalb der Ukraine – mit den entsprechenden Waffen aufgerüstet – zum Sieg verholfen werden muss. Die Außenministerin hat kein Verhältnis zwischen Sanktionen und Waffen aufgemacht und nicht gemeint, Sanktionen ersetzen Waffen bzw. Sanktionen wären nur Begleitmusik und nur Waffen helfen wirklich. Das eine kann das andere nicht ersetzen. Im Ukraine-Krieg ist es die westliche Strategie, die beiden Mittel gleichzeitig einzusetzen und damit das erklärte Ziel zu erreichen, nämlich das verbrecherische Regime mit seinem Vorsteher Putin zur Aufgabe zu zwingen und über die Sanktionen die ökonomische Grundlage seiner Macht zu vernichten.

*

Die Behinderung und Aussetzung des Geschäftsverkehrs mit Russland hat Rückwirkungen auf die Ökonomie der beteiligten Nationen. Wie sehen die das und wie gehen die damit um?

— *Habeck hat von Anfang an gesagt, Deutschland müsse die Sanktionen auch durchhalten können, um die russische Wirtschaft weiterhin umfassend und gründlich zu schädigen. Der wirtschaftliche Schaden dürfe jedoch die eigene Nation nicht härter treffen als Russland und Deutschland müsse trotz des in Kauf genommenen eigenen Schadens weiterhin in der Lage sein, die Ukraine umfangreich zu unterstützen.*

Gerade in den europäischen Staaten gibt es Bedenken bezüglich der eigenen wirtschaftlichen Schädigung durch die von ihnen verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Habeck verweist darauf, dass sich die deutsche Wirtschaft das geforderte Gasembargo nicht leisten könne, denn die russische Energie ist Grundlage vieler Branchen und Produkte der deutschen und europäischen Wirtschaft. Auf sie kann daher nicht so ohne Weiteres verzichtet werden. Gleichzeitig wird die Unabhängigkeit Deutschlands von den russischen Energieimporten angestrebt und alles dafür getan, die bald herzustellen. Fest steht, die deutsche Wirtschaft „leidet“ jetzt schon unter den Auswirkungen der Sanktionen. Weil diese aber für unbedingt nötig erachtet werden, geht die Politik so damit um, dass sie mit milliardenschweren Hilfspaketen, Bürgschaften, Krediten versucht, die Folgen der Sanktionen für die betroffenen Subjekte – Unternehmen und Endverbraucher – erträglich zu halten.

— *Die Folgen „erträglich zu halten“ ist die eine Seite. Die andere ist, dass die Regierung an ihrem Zweck, der ökonomischen Vernichtung Russlands, festhält und kund tut, die Wirtschaft habe das auszuhalten, die Kriegsfolgen seien nicht auszugleichen, und „Härten“ müssen ertragen werden. Das Abfedern der Schäden ist kein Rückgängigmachen der Schäden. Selbst wenn ausreichend Ersatz durch andere Energielieferanten gefunden*

wird, steht fest: die Energie wird erheblich teurer. Mit ihrem unbedingten Willen am politischen Zweck festzuhalten, verordnet die Politik ihrer ökonomischen Basis, der Wirtschaft, die Schäden auszuhalten.

Man muss sich klarmachen, dass ein Energieembargo ja nicht nur, wie gewünscht, einfach zum Ergebnis hat, dass Russland die Milliarden gestrichen werden, mit denen es seinen Krieg finanziert. Auf der anderen Seite braucht Deutschland die russische Energie und zwar nicht nur fürs Heizen: Öl und Gas sind Rohstoffe für Hunderte von Produkten, die alle miteinander in Produktionsstraßen verknüpft sind, mit denen weite Teile der deutschen Industrie, von der Autoindustrie bis zur Pharmazie, versorgt werden. Das BASF Werk, der weltgrößte Chemiekonzern, kann z.B. ohne diese Rohstoffe überhaupt nicht produzieren.

Die Regierung sagt dabei nicht einfach, die Wirtschaft muss die Schäden aushalten; sie kalkuliert bei den Sanktionen sowohl den Zeitpunkt als auch, wie stark die Wirtschaft von der Schädigung betroffen ist, ob sie die überhaupt aushält. Sie hört auch auf die Industrieverbände, die vor den Folgen warnen und auf Zurückhaltung drängen. Dabei ist die Politik aber gleichzeitig sehr risikofreudig und gesteht ein, dass die Folgen gar nicht absehbar sind.

Es ist ein Faktum, dass Deutschland sein jahrzehntelanges Wachstum auch durch Geschäfte mit Russland vorangebracht hat und nicht zuletzt darüber zur stärksten Wirtschaftsmacht in Europa aufgestiegen ist, die als Garantiemacht für das europäische Geld fungiert. Jetzt wird im Nachhinein die Geschäftemacherei mit Russland als großer Fehler verurteilt und der Beitrag Russlands zum europäischen bzw. deutschen Wirtschaftswachstum durch Sanktionen storniert. Die wohl gewussten und der Öffentlichkeit nicht verheimlichten negativen Konsequenzen für das weltweite Wachstum werden als unvermeidliche Kosten der Freiheit verbucht, die es braucht, um Putin niederzuringen. Der zweite Schritt ist die Reflexion darauf, wie mit den unvermeidlichen Schädigungen der eigenen Ökonomie umzugehen ist. Die eroberte ökonomische Potenz wird jetzt zum Einsatz gebracht, analog zu den in der Pandemie aufgelegten Programmen werden kreditfinanzierte Fördermittel in Anschlag gebracht, die die sanktionsbedingten Geschäftsausfälle kompensieren sollen. Die deutsche Wirtschaft soll dadurch die als unabdingbar erachteten Einschränkungen aushalten, weiterhin Geschäfte machen und ihr Wachstum betreiben können. So wird innerhalb der normalen Bahnen des Geschäftsgebarens und des Kreditnehmens die Wirtschaft zum Mittel der Kriegsführung gegen Russland, zur Kriegswirtschaft gemacht.

— Man kann vielleicht anderswo Öl kaufen, aber die Frage, wie das Öl nach Deutschland kommt, bleibt. Die Infrastruktur ist nicht automatisch vorhanden, weil man sie jetzt braucht. Das der Ökonomie zur Verfügung gestellte Geld kommt an dieser Stelle an eine Schranke, wenn man den benötigten Stoff damit gar nicht kaufen kann.

Das alles sind Überlegungen, Abwägungen und Kalkulationen auf der Grundlage, dass man die notwendigen Sanktionen auch durchhalten können will. Und man will sicherstellen, dass sie eine dauerhafte Schädigung von Russland bewirken. Da erklärt Deutschland, dass es kurzfristig noch russisches Gas braucht, aber demnächst unabhängig davon sein will, und tritt zugleich gegenüber Russland mit dem Anspruch auf, dass die Gaslieferungen pünktlich und in vollem Umfang geleistet werden müssen, solange Deutschland auf russisches Gas angewiesen ist. Unverschämt wird Russland ein Vertragsbruch vorgeworfen, wenn es sich vorbehält, den Gashahn abzudrehen, oder auf der Bezahlung in Rubel besteht.

Dazu noch eine Fußnote: Der Vorstand des ifo-Instituts, Clemens Fuest, bezeichnete in einer Talkshow die Aussage der Regierung, dass es bis zum Jahresende gelingen wird, vom russischen Gas unabhängig zu sein, als „Unsinn“ und machte den Vorschlag, besser jetzt einige Zeit gar kein russisches Gas zu kaufen, um Russland empfindlich zu schädigen. Dies sei der vernünftiger Weg, denn wenn man Wachstum wolle, könne man sich die Sanktionen auf Dauer nicht leisten. Allerdings müsse es gelingen, die bisherige Abhängigkeit umzudrehen und Russland von Deutschland abhängig zu machen. Man müsse es also so schädigen, dass man es auf Basis der dadurch erreichten Unterordnung für die eigenen Zwecke wieder ausnützen kann.

— Darüber wurde auch bekannt, in welchem Ausmaß nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa von russischem Gas und Öl profitiert hat, weil die Energiepreise konkurrenzlos

niedriger waren als in anderen Staaten. Russisches Gas war wesentlich billiger und Deutschland wollte sich mit der Nordstream 2-Pipeline zum „Energy hub“ von ganz Europa machen. Das ist jetzt verunmöglicht worden.

Das ist die Kehrseite der Sanktionen, gerade für Europa. Auch die Unternehmen überlegen sich Maßnahmen, wie sie die sanktionsbedingten Schäden umgehen können, z.B. dadurch, dass sie ihre Geschäfte über Drittländer abwickeln. Die Konsequenzen für den Westen bemerkt man auch daran, dass alles teurer wird und dass bestimmte Produktionslinien unterbrochen sind. Es gibt Befürchtungen, dass sich die wegen Corona bereits existierenden Wirkungen (z.B. Lieferengpässe) verschärfen, die riesige Verschuldung Probleme verursacht und die Währung in Turbulenzen bringen könnte. Wie sich das entwickelt, muss man beobachten. Jetzt gilt es festzuhalten, was es heißt, diese Sanktionen gegen Russland zu verhängen und solche Folgen damit für die eigene Wirtschaft in Kauf zu nehmen.

— Die Sanktionen werden der Wirtschaft verordnet und müssen ausgehalten werden. Trotz der Warnungen von Industrieverbänden und der Arbeitgeberseite, dass dadurch die Basis einzelner Industriezweige kaputt geht, wenn man auf Öl und Gas und russische Vorprodukte verzichtet, glaubt die Regierung, dass Kompensationszahlungen es schon richten werden.

Die durch die Sanktionen hervorgerufenen Schäden sollen durch die in Aussicht gestellten Zahlungen in ihrem *Ausmaß* kompensiert werden, das heißt aber nicht, dass darüber die Schäden rückgängig zu machen sind. Das Geld soll die deutsche Wirtschaft dazu befähigen, den „unvermeidlichen“ Wachstumseinbruch und die geminderten Wachstumsaussichten zu verkraften und nicht daran kaputt zu gehen. Dazu gehört auch, nach Alternativen zu suchen, dafür ist Habeck weltweit unterwegs. Durch neue Handelsbeziehungen wird für die sanktionierten Geschäfte Ersatz geschaffen. Außerdem wird dafür gesorgt, dass die Schäden *anderswo* anfallen. Das Problem der damit einhergehenden riesigen Staatsverschuldung wird laufend besprochen und auch in der Öffentlichkeit ventiliert. Die Pandemie ist noch nicht vorbei und jetzt wird für die Rüstung ein neues Schuldenpaket von 100 Milliarden aufgelegt, weitere 450 Milliarden Schulden sind als Kompensationszahlungen für die Wirtschaft eingeplant. Unbestritten ist, dass dies eine Belastung der deutschen Wirtschaftskraft ist und dass man sich in den nächsten Jahren auf eine hohe Inflationsrate einstellen muss. Der viel zitierte „Endverbraucher“ muss sich einschränken und eventuell mit etwas Geld versorgt werden, damit die gestiegenen Energie-, Lebensmittel- und sonstigen Preise bezahlt werden können – alles, weil feststeht, dass ‚wir‘ uns die Sanktionen leisten können *müssen*.

*

— Eine andere Frage ist, ob das Sanktionsregime auch weltweit von der USA durchgesetzt werden kann. Es gibt Länder, z.B. die Türkei, Indien oder China, die sich dem Verbot von Handels- und Geschäftsbeziehungen mit Russland widersetzen. Das führt zu einem gewissen Zerwürfnis mit den USA.

Das Sanktionsregime, das von den USA ausgeht, entfaltet seine Wucht dadurch, dass sich der Rest der Staatenwelt daran beteiligt. Das ist der Anspruch, den die Amerikaner aufmachen, wenn sie ein Sanktionsregime gegen missliebige Teilnehmer am Weltmarkt einrichten. Dieser Anspruch ist zugleich ein Angriff auf die Souveränität anderer Staaten, die nicht mehr entsprechend ihren Kalkulationen entscheiden können, welche Handelsbeziehungen sie mit anderen Staaten aushandeln und wie sie ihre Unternehmen global agieren lassen wollen. Während beim Iran-Krieg speziell die Europäer nicht einfach bereit waren, die Sanktionen mitzutragen, sind diese in der aktuellen Situation die Protagonisten und müssen keineswegs von den Amerikanern genötigt werden. Sie sind die tragenden Mitmacher beim Sanktionsregime und halten die Sanktionen für ein probates Mittel, um Russland zu schädigen. Eine andere Sicht der Dinge kann man bei der Türkei, Indien und China feststellen. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf China, inwieweit es bereit ist, die Sanktionen mitzutragen, oder ob es wenigstens davon Abstand nimmt, die Sanktionen zu unterlaufen. Das war das Zerwürfnis auf dem letzten EU-China-Gipfel.

— Auch die Türkei und Indien werden dahingehend bearbeitet. Sie sollen künftig weder Waffen noch Öl in Russland kaufen und nicht mit Rubel bezahlen. Für die Durchsetzung des

Sanktionsregimes sind – wegen der von diesen Ländern dabei hinzunehmenden eigenen Schädigung – von Seiten der USA neue Formen von Drohung und Erpressung notwendig.

*

— *Bezüglich der Auswirkungen auf den Dollar als das Weltgeld wurde am Anfang schon darauf hingewiesen, dass es in der Entscheidungsgewalt der USA liegt, Staaten aus dem vom Dollar beherrschten Weltmarkt auszuschließen. Im Geschäft mit Russland ist der Dollar kein Zahlungsmittel mehr und allen Staaten, die mit Russland Geschäfte machen wollen, ist dieses Mittel verwehrt. Die Staaten, die vom politischen Gebrauch des Dollars durch die USA negativ betroffen sind, sinnen nach Alternativen, nach Möglichkeiten, sich dem Sanktionsregime zu entziehen.*

Das war auch vor dem Ukraine-Krieg schon so. In den letzten 10 Jahren wurde die Liste der sanktionierten Personen, Firmen und Unternehmen ständig erweitert. Deshalb hat Russland neben anderen Staaten auch Anstrengungen unternommen, sich in bestimmten Sphären unabhängiger zu machen und nach Alternativen zu suchen, insbesondere in Zusammenarbeit mit China. Man muss sich aber im Klaren sein, dass alle Versuche, auf alternative Zahlungssysteme umzusteigen oder exklusive Zonen bilateraler Wirtschaftsbeziehungen einzurichten, darauf hinauslaufen, dass man sich vom bestehenden Weltmarkt verabschiedet.

— *Das ist in dem Widerspruch des ökonomischen Sanktionsregimes begründet. Erdogan befürchtet, dass ein neuer „Eiserner Vorhang“ droht und man aufpassen muss, dass man vor ihm steht und nicht hinter ihm. Mit dem Sanktionsregime ist der mit dem Dollar als Zahlungsmittel bewirtschaftete Weltmarkt ein Stück weit angegriffen. Die Bemühungen, Alternativen aufzumachen und andere weltmarktaugliche Währungen zu benutzen, beschädigt die Attraktivität, die der Dollar bisher hatte.*

Beabsichtigtes politisches Programm des Westens ist, dass Russland vom Weltmarkt ausgeschlossen wird und nicht mehr frei mit dem Dollar wirtschaften kann. Aus dem Umstand, dass auf der anderen Seite andere Staaten, z.B. die Türkei, unzufrieden damit sind, dass in ihre ökonomischen Beziehungen mit anderen Staaten eingegriffen wird, lässt sich aber nicht das Urteil ableiten, dass der Dollar nicht mehr das ist, was er einmal war. Man muss abwarten, was aus den alternativen Bemühungen wird und wie der Weltmarkt in Zukunft funktioniert.

— *Es ist doch schon einiges passiert: Währungen, die bereits eine gewisse Attraktivität als Zahlungsmittel auf dem Weltmarkt haben, sehen darin eine Chance. Die Chinesen beispielsweise bezahlen ihre Rechnungen an Russland in chinesischer Währung. Der Dollar ist in seiner Attraktivität als weltweites Zahlungsmittel angegriffen – gerade weil er qua politischer Gewalt entzogen werden kann und der Entzug nicht nur die sanktionierte Nation betrifft, sondern alle Nationen, die in den Geschäftsverkehr integriert sind.*

Es geht nicht darum, ob der Dollar besonders geschätzt wird oder nicht, sondern darum, dass durchgesetzt ist, dass er *das Zahlungsmittel ist*, dass in ihm die entscheidenden Zahlungen laufen, dass nur mit ihm das Weltkreditsystem funktioniert und dass die Sonderstellung der amerikanischen Verschuldungsfähigkeit auf ihm basiert. Dafür steht die Macht der USA gerade. Keine Nation kann beschließen, ohne den Dollar zu wirtschaften. Die USA bestehen also darauf, dass der Dollar weltweit als Zahlungsmittel gilt, verbieten z.B. Öl in Rubel oder in Yuan zu bezahlen. Die *Macht*, die hinter dem Dollar steht, verleiht ihm die Attraktivität, indem sie dafür sorgt, dass das Weltwirtschaftssystem nach ihren Regeln funktioniert.

Dass in einer Ecke der Welt oder in einer bestimmten Geschäftssphäre Sondermodalitäten ausgehandelt werden und in speziellen Fällen der Handel nicht in Dollar abgewickelt wird, sondern in anderen Währungen, setzt nicht die Rolle des Dollars als Weltgeld außer Kraft. Das liegt an der ökonomischen Qualität des Dollars, die, durch die Gewalt der USA abgesichert, darin besteht, dass er überall auf der Welt als Geld genommen wird, dass er abstrakten Reichtum per se darstellt. Dieses Verhältnis wird nicht außer Kraft gesetzt, wenn zwei Staaten untereinander vereinbaren, den Dollar als Zwischenglied nicht mehr zu benutzen.

Das Sanktionsregime reizt zwar die betroffenen Nationen, das Regime zu umgehen und sich ihm zu entziehen. Dieses Bestreben stößt aber laufend an seine Grenzen, weil es bisher keine Alternative zum Dollar gibt. Dass z.B. China und andere das gerne anders hätten und

betreiben, ändert daran nichts. Bilaterale Abkommen haben den Nachteil – abgesehen davon, dass sie nur für zwei Nationen und für bestimmte Geschäfte gelten –, dass die oft wieder an die Grenzen stoßen, weil die USA sich einmischen können über sekundäre Sanktionen. Die Sanktionierung von Russland facht natürlich alle Bemühungen an, den Dollar als alleiniges Weltgeld anzugreifen. Man kann aber nicht behaupten, dass damit der Dollar schon seine Bedeutung als Weltgeld verloren hätte.

*

Beim nächsten Diskussionstermin am **9. Mai 2022** wird das Thema „Kriegsmoral“ besprochen. Die nachfolgenden Termine und Themen werden auf der Website des GegenStandpunkt-Verlags bekannt gegeben.